

Von BERLUSCONI zu MELONI

Für Marina und Céline

Michael Braun

Von
BERLUSCONI
zu **MELONI**

Italiens Weg
in den
Postfaschismus



Über den Autor:

Michael Braun, geb. 1957, promovierter Politikwissenschaftler, lebt seit 1996 in Rom. Er ist Italien-Korrespondent der taz und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Büros Rom der Friedrich-Ebert-Stiftung. Buchveröffentlichungen: »Italiens politische Zukunft« (1994) und »Mutti. Angela Merkel spiegata agli italiani« (2015).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0685-7

Auch als E-Book erhältlich: ISBN 978-3-8012-7058-2

Copyright © 2024 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Birgit Sell, Köln

Umschlagfotos: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Gregorio Borgia und

© picture alliance / Sipa USA | SOPA Images

Satz: Rohtext, Bonn

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2024

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Erster Teil: Italien – die populistische Mutation unter Silvio Berlusconi seit 1994

Kapitel 1: Von Berlusconi zu Meloni – der lange Marsch der italienischen Rechten	7
Kapitel 2: Vom unternehmerischen Erfolg zum Triumph in der Politik	16
Kapitel 3: Die goldenen Jahre des Berlusconismus	31
Kapitel 4: Berlusconis Niedergang zwischen Eurokrise und Sexskandalen	53

Zweiter Teil: 2013 – das zweite politische Erdbeben nach 1994

Kapitel 5: Die Regierung Monti – wie Krisenbewältigung die Krise verschärft	67
Kapitel 6: Die Fünf Sterne	73
Kapitel 7: Die Wutwahlen 2013	79
Kapitel 8: Die Häutungen der italienischen Linken	88
Kapitel 9: Die Häutungen der italienischen Rechten	102

Dritter Teil: Der Dammbruch – vom Triumph der Fünf Sterne zum Aufstieg Giorgia Melonis

Kapitel 10: Italien nach 2018 – ein Land rückt nach rechtsaußen	123
--	-----

Vierter Teil: Meloni an der Macht – eine Frau hält Wort

Kapitel 11: Die Außen- und Europapolitik	151
Kapitel 12: Migrantenschutz zwischen Realität und Fiktion	159
Kapitel 13: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Meloni	165
Kapitel 14: Die autoritäre Versuchung – Giorgia Meloni und die Freiheitsrechte	174
Kapitel 15: Die entkernte Demokratie – Giorgia Melonis Pläne für den Umbau des Staates	180
Kapitel 16: »Tiefe Wurzeln gefrieren nicht« – Giorgia Meloni und der (Post-)Faschismus	188
Kapitel 17: Noch ist Meloni nicht am Ziel	197

Erster Teil: Italien – die populistische Mutation unter Silvio Berlusconi seit 1994

Kapitel 1: Von Berlusconi zu Meloni – der lange Marsch der italienischen Rechten

Mit strahlendem Lächeln präsentierte sich Giorgia Meloni spät in der Nacht, nachdem die italienischen Bürger am 25. September 2022 ihr neues Parlament gewählt hatten, spreizte Zeige- und Mittelfinger zum Victoryzeichen, hielt dann ein großes Blatt mit den Worten »Grazie Italia« in die Kameras.

Die 45 Jahre junge Politikerin hatte allen Grund zur Freude. Beim Urnengang hatte ihre Partei Fratelli d'Italia (FdI – Brüder Italiens) allein 26 Prozent der Stimmen eingefahren, war die Rechtsallianz, zu der auch die rechtspopulistische Lega unter Matteo Salvini sowie Silvio Berlusconis Forza Italia gehörten, auf 44 Prozent gekommen, was ihr in beiden Häusern des Parlaments eine stabile Mehrheit von rund 60 Prozent der Sitze eintrug.

Unmittelbar nach Auszählung der Stimmen war somit klar, dass die neue Ministerpräsidentin Giorgia Meloni heißen würde, dass Italien die »rechtteste Regierung seit 1945« gewärtigen musste (so Enrico Letta, der damalige Vorsitzende des Partito Democratico), die »erste extrem rechte Regierung seit Mussolini« (*Washington Post*).

Ein Primat wenigstens konnte die Römerin damit für sich beanspruchen: Sie war die erste Vertreterin einer Partei, deren Wurzeln zurück bis in den Faschismus reichten, die jetzt nach der Macht in einer westeuropäischen Demokratie griff. Noch wenige Jahre zuvor hätte dieses Szenario als völlig unrealistisch gegolten. Die Fratelli d'Italia, erst im Jahr 2012 gegründet, hatten immer bloß einstellige Wahlergebnisse eingefahren, zwei Prozent bei den Parlamentswahlen 2013, vier Prozent bei denen von 2018, schließlich sechs Prozent bei den Europawahlen 2019.

Jetzt aber waren die Fratelli auf 26 Prozent hochgeschwollen – eine Partei, die in ihrem Symbol weiterhin die »Fiamma tricolore« zeigt, jene Flamme in den Farben der italienischen Trikolore, die seit 1946 im Symbol der offen neofaschistischen Partei Movimento Sociale Italiano (Movimento Sociale Italiano – Italienische Sozialbewegung) geprangt hatte. Von faschistischen Wurzeln allerdings redete Meloni in ihrem Wahlkampf nie. Und auch die ihr lieben harten rechtspopulistischen Positionen hatte sie bei den zahlreichen Auftritten während ihrer Kampagne kaum hervorholt.

Nur wenige Jahre zuvor hatte sie noch Italiens Austritt aus dem Euro gefordert, und nur ein Jahr vor ihrem Wahlsieg hatte sie in ihrer Autobiographie »Io sono Giorgia« (»Ich bin Giorgia«) gegen die EU gewettert, die bloß »eine undefinierte Entität in den Händen obskurer Bürokraten« sei, »die über die nationalen Identitäten hinweggehen oder sie gleich abschaffen« wolle.

Solche Töne hatte sie im Wahlkampf völlig gestrichen, und ebenso wenig bot sie vollmundige Wahlversprechen, wie sie bei Populisten üblich sind. Stattdessen suchte sie die Bürger ebenso wie das besorgte Ausland mit einem Spagat zu überzeugen, ihrem Auftritt als seriöse Populistin. Tausende kamen zu ihren Kundgebungen im ganzen Land, um dort zu hören, sie werde »keine großen Versprechungen« machen. Nur zwei Dinge sagte sie zu, regelmäßig unter lautem Beifall ihrer Anhänger: Sie werde die erst im Jahr 2019 eingeführte Grundsicherung wieder abschaffen,

die bloß »ein vom Staat gezahltes Taschengeld« sei, mit dem »gesunde 25-Jährige« davon abgehalten würden, sich endlich einen Job zu suchen, statt es sich auf dem Sofa bequem zu machen. Und sie werde die »illegale Einwanderung« hart bekämpfen, die Menschen ins Land bringe, die dann »als Dealer und Prostituierte« die Sicherheit in den Städten gefährdeten. Zu diesem rechts-populistischen Sound passte auch die Polemik gegen »große internationale Finanzspekulanten«, die der Seenotrettung von Flüchtlingen ihr Geld zukommen ließen. Man darf annehmen, dass sie hier an George Soros dachte.

Auch nach ihrem Wahlsieg blieb Meloni auf dieser einmal eingeschlagenen Linie. Die ersten Glückwunschtelegramme kamen von Viktor Orbán, von Marine Le Pen, von der AfD, von der spanischen rechtsextremen Partei Vox. Und während ihre Fratelli d'Italia bis zur 2024 abgelaufenen Wahlperiode in der EKR-Fraktion des Straßburger Europaparlaments saß, gemeinsam mit der polnischen PiS, mit Vox, mit den Schwedendemokraten, während die Lega ihres Koalitionspartners Matteo Salvini dort zur Fraktion Identität und Demokratie gehörte, an der Seite Marine Le Pens und der AfD, verlor Meloni einen Monat nach dem Wahlsieg in ihrer Regierungserklärung als Ministerpräsidentin kein böses Wort mehr über die EU.

Selbstverständlich werde Italien alle europäischen Verträge einhalten und »die geltenden Regeln respektieren«, ließ sie wissen, auch wenn das Land in Brüssel »erhobenen Hauptes auftreten« wolle.

Und was war mit jener Traditionslinie ihrer Partei, die zurückführt zum Mussolini-Faschismus, jene »tiefen Wurzeln, die nie gefrieren«, wie es unter alten FdI-Kämpfern gerne heißt? Treuherrzig versicherte Meloni in ihrer Regierungserklärung, sie habe für den Faschismus »nie Nähe oder Sympathie empfunden«, auch wenn sie selbst im Jahr 1992, erst 15 Jahre alt, in den damals noch offen neofaschistischen Movimento Sociale Italiano eingetreten war. Doch Meloni behauptete einfach, sie sei in einer

»demokratischen Rechten« aktiv gewesen. Dann beschwerte sie sich, sie komme aus einer politischen Ecke, die »an den Rand der Republik gedrängt wurde«. Dies sei nicht zuletzt die Schuld des »militanten Antifaschismus«, der die »von der demokratischen Rechten immer erwünschte nationale Versöhnung« verhindert habe – gemeint ist die nationale Versöhnung zwischen den antifaschistischen Kräften, die in den Jahren 1943 bis 1945 gegen Mussolini und die deutschen Nazis gekämpft, und den Mussolini-Anhängern, die ihrerseits an der Seite der Deutschen die Partisanen massakriert hatten.

Mit dieser kühnen dialektischen Übung – auf Abstand zum Faschismus zu gehen, dann aber den Antifaschismus aufs Korn zu nehmen und zu behaupten, die »demokratische« Rechte (sprich die Nachfahren der Faschisten) seien ungerechterweise so »an den Rand der Republik gedrängt« worden –, bereitete Meloni den Schlussakkord ihrer Regierungserklärung vor: die Behauptung, sie habe sich dank ihres Wahlsiegs als »Underdog« gegen den herrschenden Politikbetrieb durchgesetzt.

Gewiss, dass im Jahr 2022 erstmals eine Postfaschistin zur Regierungschefin Italiens wurde, markiert einen Einschnitt in der Geschichte des Landes seit 1945. Doch auch bis zu jener Wende waren Meloni und ihre Fratelli d'Italia alles andere als Underdogs gewesen. Dies zeigt schon ein kurzer Blick auf ihre Biographie. Schon im Jahr 2006 zieht sie, gerade 29 Jahre alt, ins Abgeordnetenhaus ein, als Kandidatin aufgestellt von Alleanza Nazionale, der Vorläuferpartei der FdI, die seinerzeit – genauso wie heute – in einer Wahlallianz mit Berlusconi's Forza Italia und mit der Lega angetreten war. Mehr noch: Kaum im Parlament, wird der vorgebliche Underdog Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses.

Der nächste Karrieresprung erfolgt nur zwei Jahre später, 2008, als sich die Rechtskoalition unter Berlusconi gegen das Mitte-links-Lager durchsetzt: Meloni zieht als Ministerin für Jugend ins Kabinett Berlusconi ein und wird dieses Amt bis zu dessen Rücktritt im Jahr 2011 bekleiden. Statt »am Rand der Republik«

war Meloni also mittendrin, ganz so wie ihre Partei. Alleanza Nazionale hatte ihre Ausgrenzung schon 1994 überwunden und seitdem immer wieder Vizeministerpräsidenten, Minister, Staatssekretäre gestellt.

Zu verdanken hatten die Postfaschisten dies dem politischen Erdbeben, das Italiens Parteiensystem in den Jahren 1992 bis 1994 erschüttert hatte – und das mit Silvio Berlusconi einen Protagonisten hervorbrachte, der die nächsten Jahrzehnte des Landes prägen sollte.

Bis 1992 hatte Italien ein unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenes, fest gefügtes Parteiensystem. In dessen Zentrum stand die Democrazia Cristiana (DC), die über Jahrzehnte bei allen Wahlen die relative Mehrheit erreichte, seit 1945 ununterbrochen in allen Regierungen die stärkste Koalitionspartei war und meist auch den Ministerpräsidenten stellte, zuletzt bis 1992 den legendären Giulio Andreotti.

Möglich war dieses Machtmonopol, weil auf der anderen Seite die Opposition vom Partito Comunista Italiano (PCI) beherrscht wurde, der größten kommunistischen Partei Westeuropas, die mit 34 Prozent bei den Wahlen 1976 ihr bestes Ergebnis erreichte. Diese Partei mochte in zahlreichen Kommunen wie zum Beispiel der linken Vorzeigestadt Bologna ebenso wie in zahlreichen Regionen das Sagen haben, doch es lag auf der Hand, dass sie angesichts ihrer Verbindungen zu Moskau in Zeiten des Kalten Krieges in dem NATO-Land Italien nie an die nationale Regierung gelangen konnte, ohne Erschütterungen bis hin zu einem Militärputsch zu provozieren.

Also regierten die Christdemokraten, im Verein mit diversen kleineren Koalitionspartnern, vorneweg der Partito Socialista Italiano (PSI), der seit 1976 von Bettino Craxi geführt wurde, sowie kleinen Mitteparteien wie den Republikanern, den Liberalen und Sozialdemokraten.

Festgefügt, ja eingefroren war dieses Parteiensystem. In ihm galt: Die Christdemokraten regieren immer, die Kommunisten